Bestätigung über Geldzuwendungen/Mitgliedsbeitrag  im Sinne des § 10b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen  Name und Anschrift des Zuwendenden  MAX MUSTERMANN  MUSTERSTR 1  63571 MUSTERSTADT  Betrag der Zuwendung - in Ziffern in Buchstaben - Tag der Zuwendung:
Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen  Name und Anschrift des Zuwendenden  MAX MUSTERMANN  MUSTERSTR 1  63571 MUSTERSTADT
MAX MUSTERMANN MUSTERSTR 1 63571 MUSTERSTADT
MUSTERSTR 1 63571 MUSTERSTADT
63571 MUSTERSTADT
Betrag der Zuwendung - in Ziffern in Buchstaben - Tag der Zuwendung:
Betrag der Zuwendung - in Ziffern - In Buchstaben - I ag der Zuwendung:
5000 Fünftausend 01.01.2025
Es handelt sich um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen  Wir sind wegen Förderung (Angabe des begünstigten Zwecks / der begünstigten Zwecke)  des Sports  nach dem Freistellungsbescheid bzw. nach der Anlage zum Körperschaftsteuerbescheid des Finanzamtes  Finanzamt Gelnhausen  StNr. 19 250 16039  vom 11.11.2024 für den letzten  Veranlagungszeitraum  2021 bis 2023  nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der  Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit.  Die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 AO wurde vom Finanzamt  StNr.  mit Bescheid vom  nach § 60a AO gesondert  festgestellt. Wir fördern nach unserer Satzung (Angabe des begünstigten Zwecks / der begünstigten Zwecke)
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung (Angabe des begünstigten Zwecks / der begünstigten Zwecke)  des Sports  verwendet wird.  Nur für steuerbegünstigte Einrichtungen, bei denen die Mitgliedsbeiträge steuerlich nicht abziehbar sind  Es wird bestätigt, dass es sich nicht um einen Mitgliedsbeitrag handelt, dessen Abzug nach § 10b Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes ausgeschlossen ist.

(Ort, Datum und Unterschrift des Zuwendungsempfängers)

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des Freistellungsbescheides länger als 5 Jahre bzw. das Datum der Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach § 60a Abs. 1 AO länger als 3 Jahre seit Ausstellung des Bescheides zurückliegt (§ 63 Abs. 5 AO).